

Kohrseite

— Editorial ✓ —

Liebe Leserinnen und Leser,



Politik für die Menschen! – Jede Regierung verkündet das emphatisch! Da in wenigen Wochen gewählt wird, darf man die Frage stellen: War es das? Hat das in den letzten vier Jahren stattgefunden? Bevor wir schlicht mit einem „Nein“ antworten, schauen wir uns stichpunktartig einige Hauptbaustellen der Politik an. Wie hat sich unsere Regierung in grundlegenden Fragen positioniert?

Mit dem Begriff *Marktkonforme Demokratie* hat sich Schwarz-Gelb, die Chefin vorneweg, mit Haut und Haar dem Finanzkapital ausgeliefert: verschärfte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und existenzielle Prekarisierung von immer mehr arbeitsamen Bürgern. Steuergeschenke an die Unternehmer, um z. B. Dumpinglöhne aufzubessern und so gesellschaftsfähig zu machen.

Finanzkrise: Eine Spardiktatur, die sich als europäisches Entsolidarisierungsprojekt entlarvt. Das ist die eigentliche Gefahr für die Gemeinschaftswährung.

Agrarpolitik: Blockierung einer vernünftigen Agrarreform.

Korruption: Beim Thema „Abgeordnetenbestechung“ will die Merkel-Brüderle-Regierung lieber Entwicklungsland bleiben (Spiegel Online). Schärfere Korruptionsregeln sind an der schwarz-gelben Bundestagsmehrheit gescheitert. Gekaufte Abgeordnete bleiben nach wie vor straffrei.

Militäreinsätze: Ausweitung, obwohl eine klare Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist.

Rüstungsexporte: Waffengeschäfte als Exportschlager – auch in Krisengebiete: Wir sind inzwischen die Nr. 3 in der Welt!

Klimaschutz: In der EU immer auf Seiten der Spritschlucker, weil sonst angeblich die deutsche Autoindustrie geschwächt würde. Und das von einer ehemaligen Umweltministerin, die sich gern sorgenvoll vor schmelzenden Eisbergen filmen lässt.

Mit gekonnter Doppelzüngigkeit wird den Bürgern zu Hause erzählt, man sei gegen die Privatisierung des Wassers während man in Brüssel für eine EU-Direktive eintritt, die den profitgierigen Konzernen den Zugang zur Wasserversorgung öffnen will.

Sieht so eine „Politik für die Menschen“ aus? Nutznießer der knallharten Merkelschen Wirtschafts- und Finanzpolitik (siehe Schlecker, Opel usw.) waren und sind in erster Linie die wirklich Reichen, die gemessen an der Gesamtbevölkerung nichts anderes sind als eine kleine Minderheit im einstelligen Prozentbereich. Und obwohl eine große Mehrheit sich dafür ausspricht, die notorischen Steuervermeider stärker zur Kasse zu bitten, wird dies von Merkel & Co. weiterhin strikt abgelehnt.

Dennoch sieht es bei der nächsten Wahl nicht nach einem Politikwechsel aus. Wenn nicht noch etwas Außergewöhnliches passiert, wird Angela



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- DIE LINKE macht den Unterschied! – 2
- Lautstark gegen die NPD – 4
- In der „Vattenfalle“ – 4
- Öffentliches Elend durch Steuergeschenke – 5
- Wenn Sie heute einkaufen gehen ... – 6
- Zitate – 7
- Wahlfiktionen – 8
- Termine – 8

Diese Ausgabe enthält eine Beilage

Editorial ✓

Merkel auch die Chefin der nächsten Regierungskoalition sein, ob mit SPD, FDP oder gar mit den Grünen, ist beinahe egal.

Da man sich im Regierungslager seiner Sache aber nicht wirklich sicher ist, hat die CDU/CSU ein Wählerstimmen taugliches Wahlprogramm ausgeheckt, über dessen Inhalt selbst die sprichwörtlichen Hühner lachen würden. Sollte die Rechnung aufgehen, und die gelbe Steuerver-schleuderungspartei – Leihstimmen sei Dank – wieder über die 5% -Klippe gehievt werden, wird man die angekündigten Wahlgeschenke garantiert wieder flugs auf(möven)picken. Das alles ist übrigens kein Geheimnis: Wir zitieren den Präsidenten des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, der 23. Juni in ARD zum Wahlprogramm der CDU/CSU dies gesagt hat: „*Es ist eine traditionelle Übung in dieser Republik, vor den Wahlen Wahlversprechen zu machen, die anschließend in Regierungs- und Koalitionsverhandlungen wieder*

wegrationalisiert werden. Die Wähler wissen seit 50 Jahren, dass das so ist.“ Dazu fällt uns nur die frei nach Erich Kästner gestellte Frage ein: Wie lange noch wollen die Menschen den Kakao trinken, durch den sie zuvor gezogen worden sind?

Aber muss das so sein? Ist es ein Naturgesetz, dass der Wähler sich bei der Wahl regelmäßig gegen seine Interessen entscheidet? Es gibt eine Mehrheit im Land gegen Schwarz-Gelb. Aber das allein reicht eben nicht. Wenn man einen Politikwechsel will, muss man die Linke so stark machen, dass man an ihren Forderungen nicht vorbeikommt. Die Blockparteien CDU/CSU, SPD, FDP und selbst die Grünen werden unser Land bestenfalls kosmetisch ändern. Unser Wahlprogramm „100 Prozent Sozial“ dagegen ist farbecht. Es wird auch nach der Wahl unser Kompass sein.

Die Redaktion ●

DIE LINKE macht den Unterschied!

Vom Der Wahlparteitag in Dresden zum Wahlkampf in der Republik

● DIE LINKE hat im Juni auf ihrem Parteitag in Dresden ihr Wahlprogramm „100 Prozent Sozial“ in großer Geschlossenheit verabschiedet. Die von den Medien vorausgesagten und wohl auch erwünschten innerparteilichen Konflikte sind ausgeblieben. Nach dem so genannten „Gewitter-Parteitag“ in Göttingen 2012 haben die Delegierten vielmehr die Anträge und Änderungsanträge diszipliniert und solidarisch abgearbeitet. Wir können und werden also die letzten 100 Tage des Wahlkampfes mit einem guten Programm und den vom Parteivorstand gesetzten Schwerpunkten engagiert und geschlossen bestreiten.

Die Aufgabenstellung ist klar: „Wir bereiten uns definitiv nicht auf einen Koalitionswahlkampf vor. Wir werben im Wahlkampf für unsere eigenen Positionen. Deren Kern lautet Armut und Kinderarmut konsequent zu bekämpfen, im Ringen um gute Arbeit, gute Löhne und gute Renten an der Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen zu stehen und mit Biss von oben nach unten umzuverteilen“ (Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN).

Über die Entfesselung des regulierten Kapitalismus gibt es in der kritischen gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit weitgehend Einigkeit. Die Partei nimmt diesen Konsens auf und Bernd Riexinger formuliert es so: „Das kapitalistische Raubtier war in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich darin,

sich von seinen sozialen Fesseln zu befreien. Die wesentlichen Säulen der Sozialsysteme wurden angegriffen, wenn nicht zerschlagen. Die Löhne sind heute niedriger als vor 15 Jahren. Noch niemals in der Nachkriegsgeschichte war der gesellschaftliche Reichtum so ungleich verteilt, gab es so viele Arme und so viel Reichtum geballt in wenigen Händen.“ Zur Redlichkeit gehöre auch, darauf hinzuweisen, dass es, so Riexinger weiter, „ausgerechnet eine





rot-grüne Regierung (war), die die Türen des Käfigs aufgebrochen hat. Es waren SPD und Grüne, die das kapitalistische Raubtier in die freie Wildbahn entlassen haben“. Schon deshalb muss DIE LINKE im Wahlkampf ihre Eigenständigkeit herausstellen und deutlich machen, dass ein linkes Programm „die alltägliche Politik für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen mit der Vision einer sozialen, solidarischen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft“ verbindet (Riexinger)

Auch Katja Kipping, Parteivorsitzende in der Doppelspitze unserer Partei, bekräftigte die eigenständige Linie der LINKEN und die Abgrenzung von den Grünen bzw. der SPD im bevorstehenden Wahlkampf: „Wir als DIE LINKE machen den Unterschied!“ Sie zitierte den ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler, der seinerzeit sagte: „Der politischen Demokratie muss, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil der ganzen Welt missbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden. Diese Erkenntnis hat nichts an Aktualität eingebüßt. Deswegen setzen wir auf Wirtschaftsdemokratie. Denn Demokratie darf nicht am Werktor aufhören!“ Weder von der SPD noch von den Grünen kann man zu diesem Thema noch etwas hören!

In Sachen Euro hat der Parteitag nach einer sachkundigen Diskussion klar gestellt: „DIE LINKE ist nicht für den Austritt aus dem Euro. Wir wollen kein Zurück zur D-Mark, wir wollen kein Zurück zum nationalstaatlichen Tellerrand. Es ist vielmehr der Kurs der Austerität, der Sozialkürzungen, der Kurs von Troika und Merkel und Co., der den Euro gefährdet, die wahre Gefahr für den Euro geht nicht von einer Debatte der LINKEN aus, sondern Gefahr für den Euro geht vom Kurs von Merkel und Troika aus. In Karlsruhe klagen wir nicht gegen den Euro, sondern für ein soziales Europa.“

In der Linkspartei ist die Vision von einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung präsent. Bernd Riexinger drückte das so aus: „Das Mindeste, was eine reiche Gesellschaft an Respekt den Menschen entgegenbringen muss: Sie müssen ihre Zukunft planen können. Wir wollen die Regulierung des Arbeitsmarktes. Das ist eine zentrale Aufgabe linker Politik. Eine marktconforme Demokratie kann es nicht geben. Jeder weiß, dass es auf Märkten unterschiedlich

starke Marktteilnehmer gibt“. Und weiter: „Ich hätte mir als junger Mensch niemals vorstellen können, dass die LINKEN die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie verteidigen müssen, weil es die Bürgerlichen nicht mehr tun. Wer wirkliche Demokratie will, muss wirtschaftliche Macht begrenzen.“

Deshalb werden wir uns jetzt noch intensiver für eine Verständigung und Mobilisierung der gesellschaftspolitischen Gruppen – auch und gerade jenseits des parlamentarischen Betriebs – einsetzen. Wenn unsere Energien in den letzten Jahren durch die parlamentarische Arbeit auf allen Ebenen der Berliner Republik häufig absorbiert worden sind, dann ist es um so wichtiger, unsere Anstrengungen auf allen Ebenen der Gesellschaft zu verstärken und unsere Parteiorganisation danach auszurichten. Wir sind eine junge, eine sich entwickelnde, eine lernfähige Partei. Dies müssen wir uns nach innen immer wieder bewusst machen und nach außen vermitteln.

In den Medien wird immer wieder versucht, unsere Partei zu ignorieren oder als eine unausgegorene politische Bewegung mit unrealistischen Zielen darzustellen. Wer die tendenziöse Berichterstattung zu unserem Wahlparteitag im Fernsehen und Hörfunk verfolgt hat, konnte sich darin wieder einmal bestätigt sehen. Wenn DIE LINKE um ein politisches Ziel ringt, diskutiert und auch streitet, wird behauptet, sie sei „handlungsunfähig“, „heillos zerstritten“ oder dabei sich zu zerlegen. Streitet man innerhalb der XXL-Koalition (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne), kann das dagegen auch gerne mal als fruchtbar bezeichnet werden. Herrscht in der LINKEN Einigkeit, werden die vermeintlichen Harmoniebestrebungen beklagt, die einen Parteitag der Langeweile hervorgebracht hätten. So ist das. Wir werden mit dieser Art Berichterstattung wohl noch längere Zeit leben müssen. Aber deshalb verstecken wir uns nicht.

Wir wollen unseren Wahlkampf so gestalten, dass wir mit unseren Positionen wahrgenommen werden, indem wir deutlich machen, dass DIE LINKE als Oppositionskraft unersetzlich ist.

Hasko Hüning ●



Unser Direktkandidat für die Wahlen zum Bundestag bei einer Podiumsdiskussion im Juli 2013.
Siehe Beilage in dieser Ausgabe.

Lautstark gegen die NPD

● Na, da war aber was los!

Nahmitzer Damm/Ecke Marienfelder Damm am 13.7. so gegen 16.30 Uhr.

Und einen Krach haben die gemacht: mehrere hundert Leute mit Trillerpfeifen, Kochtöpfen, Fahrradklingeln, einer Harley Davidson, die vollen Einsatz brachte und jede Menge Pfeife, Buhrufe und Stinkefinger (ohne Ton). Die Polizei war mit über 20 sogenannten Wannern und einigen Dutzend martialisch anmutenden Einsatzkräften angerückt. Und dieser Polizeieinsatz wegen fünf bis sieben treuer NPD-Anhänger!! Marienfelde war die fünfte Niederlage der NPD an einem einzigen Tag. Hatte sie doch versucht, in fünf Bezirken vor Überfremdung zu warnen; in fünf ausgewählten Bezirken, in denen Flüchtlinge Unterschlupf und Schutz gefunden haben.

Bundesinnenminister Friedrich schreibt auf der Homepage seines Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (s.d.): „2012 kamen die weitaus meisten Asylsuchenden in der Europäischen Union nach Deutschland, und für das erste Halbjahr 2013 beobachten wir nahezu eine Verdoppelung der Asylanträge. Mehr Asylzugänge als im ersten Halbjahr 2013 hatte Deutschland zuletzt in den ersten sechs Monaten des Jahres 1999. Auch ein wirtschaftlich starkes Land wie die Bundesrepublik Deutschland wird dadurch vor erhebliche Herausforderungen gestellt.“ Damit liefert er eine Steilvorlage für all diejenigen, die schon immer vor Überfremdung gewarnt haben. Die Fakten aber sehen anders aus: Zwar steigt die Zahl der Asylsuchenden tatsächlich an, sie ist aber weitaus niedriger als zu den Zeiten, da man durch den sogenannten Asylkompromiss und die damit einhergehende Änderung des Asylrechtes (inkl. einer dazu nötigen Änderung des Grundgesetzes, dem auch die damals in der Opposition befindliche SPD zugestimmt hat) 1992/1993 die Möglichkeit, sich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen, massiv eingeschränkt hat (wikipedia). 1993 waren es noch 322.599 Erstanträge auf Asyl, 1994 und 1995 immerhin noch je 127.000. Mit dem Zuwanderungsgesetz, das am 1.1.2005 in Kraft trat (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), ging die Zahl weiter zurück (Statistisches Jahrbuch 2012). Insofern ist die Zahl der hier Schutz-Suchenden immer noch überschaubar. Die Umstände, die zum Anstieg der Flüchtlings-



Protest gegen die NPD

zahlen beitragen, muss man sich dabei vor Augen führen: Da ist zum einen eine Politik der Verfolgung und Unterdrückung von Sinti und Roma in einigen osteuropäischen Ländern, da sind die Vorgänge in Ägypten, die durch europäische Politik geschürten Unruheherde Syrien, Afghanistan und Irak, Hungersnöte und Perspektivlosigkeit in Afrika als direkte Folge von Kolonialismus und Ausbeutung der Ressourcen durch Dritte. Will sagen: Deutschland trägt Verantwortung für das, was in der Welt geschieht. Flüchtlingsbewegungen sind nicht die Ursache von Elend sondern die Folge. Während der Nazi-diktatur wurden 500.000 Flüchtlinge aus Deutschland überall in der Welt aufgenommen, um sie vor weiterer Verfolgung zu schützen. Diese Erfahrung war der Grund, das Recht auf Asyl im Grundgesetz zu verankern. Eben jenes Grundgesetz, jenes Recht, welches 1993 geändert wurde – als Folge einer auch durch die Ereignisse in Hoyerswerda, Rostock und anderswo angestoßenen polemischen und scharfen Asyldebatte.

Deshalb ist es nötig, in die auch heute immer mal wieder hitzig geführte Debatte Fakten einzustreuen und Zusammenhänge herzustellen, um der Polemik etwas entgegenzusetzen zu können. Empfohlen sei hier der Internetauftritt von Pro Asyl (www.proasyl.de).

Es wird weiterhin nötig sein auf die Straße zu gehen, die bei uns Schutz-Suchenden zu schützen und laut zu sagen: Ja zur Menschlichkeit! Nein zu Rassismus!

Pia Imhof-Speckmann ●

In der „Vattenfalle“

● „Wo Kupfer, Eisen und Salpeter geschlagen wird aus heißem Stein, da finden früher oder später sich auch die großen Haie ein.“

Diese beiden Zeilen eines Lieds aus der Allende-Zeit sind so etwas wie ein Soundtrack zur Geschich-

te des Kapitalismus. Nicht immer sind es aber nur die ganz großen Haie, die von Profitgier getrieben, rund um den Erdball ziehen. Da sitzen sozusagen in der zweiten Reihe einige Herrschaften, die mit ihren speziellen Kompetenzen Anspruch zumindest auf

einen Teil der jeweils anfallenden Beute erheben. Gemeint ist eine Anwaltselite, die sich die internationalen Investitionsschutzabkommen als profitables Geschäftsfeld angeeignet hat. Auf der Grundlage solcher zwischenstaatlicher Abkommen werden Investoren von diesen Kanzleien eifrig ermuntert, gegen Staaten zu klagen, und zwar gegen jede vom „Gastland“ getroffene Entscheidung, wenn diese die geplanten Gewinne aus ihren Investitionen angeblich beeinträchtigt – vom Gesundheits- und Umweltschutz bis hin zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Verhandelt wird vor privaten internationalen Schiedsgerichten nach den im Abkommen festgesetzten Regeln, ohne dass nationale Gerichte darauf Einfluss nehmen dürfen.

Ursprünglich wurde diese sog. Investitionsschiedsgerichtsbarkeit von westlichen Regierungen eingerichtet, um die Investitionen ihrer Unternehmen vor vermeintlich korrupten Gerichten im Ausland zu schützen. Doch die Schiedsgerichte sind alles andere als gerechte und faire Vermittler. Gemeinsam mit den Anwaltskanzleien wird ihr Vorgehen von einem profitorientierten Eigeninteresse gesteuert. Wir haben es hier mit einer florierenden Rechtsbranche zu tun, die einseitig die Interessen multinationaler Konzerne vertritt und Gesetze zum Schutz des Gemeinwohls verhindert. Dominiert von einem kleinen Kreis gewiefter Anwaltskanzleien und ihren Juristen – wir dürfen sie getrost Heuschrecken in Anwaltsroben nennen – werden mit zunehmendem Erfolg investorenfreundliche Schiedssprüche durchgesetzt und, animiert durch die hohen Entschädigungssummen, die Zahl der Klagen auf diese Weise zusätzlich in die Höhe getrieben. Anwälte und Schiedsrichter verdienen Millionen, indem sie gegen Reformen im öffentlichen Interesse lobbyieren und beweisen so, dass sie den Interessen von Konzernen Vorrang vor Menschenrechten und Umweltschutz einräumen. Jetzt hat auch – wie soll es anders sein – die Meute aus der Finanzindustrie Witterung aufgenommen. Sie (ko)finanziert die hohen Prozesskosten für die klagenden Investoren und spekuliert bzw. kassiert dafür einen Anteil der Entschädigung nach einem für die Investoren positiven Schiedsspruch, der auch

dann noch mächtig Kohle abwirft, wenn es zu einem Vergleich kommt.

Ende 2011 existierten mehr als 3000 Investitionsschutzabkommen, die zu einer Klagenflut vor den Schiedsgerichten geführt haben. Mindestens 350 solcher Investor-Staat-Klagen gab es schon, Tendenz steigend. Die jeweiligen Regierungen müssen den Preis für diese Klagen in Form von hohen Prozess- und Anwaltskosten zahlen, auch dann, so die Spielregeln, wenn sie ein Verfahren gewonnen haben. Auch so kann man die öffentlichen Haushalte und Steuerzahler schröpfen. Letztlich geht es beim Investitionsschutz-Regime darum, den Interessen der Investoren mehr Bedeutung zu geben als der Souveränität von Staaten.

Bisher waren es in erster Linie Entwicklungsländer, die mit solchen Klagen überzogen wurden. Seit einiger Zeit müssen aber auch Industrieländer auf der Anklagebank Platz nehmen. Mindestens 18 von ihnen mussten sich bis Ende 2011 gegen Investorenklagen verteidigen. So hat, das kann hier nur ein Beispiel sein, die Zigarettenindustrie Australien vor ein internationales Schiedsgericht gezerrt, weil die Regierung entschieden hat, die Zigarettenverpackungen mit drastischen Warnhinweisen zu versehen. Die Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der lobbykritischen Organisation Europe Observatory, Pia Eberhardt, brachte es auf den Punkt: „Das Rechtssystem mit Wurzeln in der postkolonialen Ära, in der kapitalexportierende Staaten ihre Konzerne im Ausland schützen wollten, wendet sich in Zeiten veränderter Kapitalströme gegen seine Schöpfer.“ Nun soll es auch Deutschland an den Krügen gehen, weil es aus der Atomenergie aussteigen will. Die „Vattenfalle“ hat zugeschnappt. Das Energieunternehmen strebt ein internationales Schiedsgerichtsverfahren gegen die Bundesrepublik an und erhofft sich gemeinsam mit seinen Rechtsvertretern eine Entschädigung in Milliardenhöhe. Allein wegen der Stilllegung der AKW Krümmel und Brunsbüttel wird Vattenfall deutlich über eine Milliarde Schadenersatz verlangen. Es wird höchste Zeit, das Investitionsschutz-Regime als „antidemokratische Zwangsjacke“ zu entlarven.

Hans Schoenefeldt ●

Öffentliches Elend durch Steuergeschenke

● Als die Grünen beim Ausformulieren ihres „Steuerkonzepts“ höher langten als die SPD, vermischten sich auf den Wirtschaftsseiten die Sorgen um die Wählbarkeit der Grünen mit dem Wehgeschrei: Man überziehe die Reichen mit Neid, obwohl sie doch schon jetzt ausgequetscht würden. Es laufe auf ein Verarmungsprogramm für den Mittelstand hinaus, die Reichensteuer würge das Wachstum ab, gefährde Jobs, weil unzählige Familienbetriebe unter der

Last zusammenbrechen würden, während die Geringverdiener überhaupt keine Steuern zahlten.

Richtig, das gilt für die Einkommenssteuer. Nicht aber für die Verbrauchssteuern. Die muss auch jeder Hartz IV-Empfänger zahlen. Die Einkommenssteuer macht in Wirklichkeit nicht mal ein Drittel aller Steuereinnahmen aus. Das meis-



te greift der Staat über indirekte Steuern (Mehrwert-, Mineral-, Tabaksteuer usw. ab. Die Zahl der Einkommensmillionäre in „Germoney“ liegt je Betrachtungsweise zwischen 15.000 und 20.000 Steuerzahlern. Wenn diese sich ausschließlich von Kaviar und Champagner ernährten, wäre ihr Beitrag zum Gesamtaufkommen der Verbrauchssteuern dennoch nicht mehr als ein Fliegenschiss. Auf ihr Einkommen aber zahlen unsere Einkommensmillionäre heutzutage weniger als 30% an den Fiskus. Vor gut zehn Jahren waren es noch rund 50 %. Unternehmens- und Kapitalgewinne werden nur noch mit 20% besteuert. In anderen Industrieländern der EU werden Vermögende doppelt so hoch zur Kasse gebeten. Dabei geht es Ländern wie Dänemark, Schweden oder Österreich, die gemeinhin als „Hochsteuerländer“ gelten, wirtschaftlich besser als uns und anderen Steuerparadiesen. (Auf die Steuersünder bzw. Steuervermeider, wie sie neuerdings heißen, wird hier nicht eingegangen, obwohl sie die Steuerdebatten sicher beschleunigt haben. In diesem Zusammenhang wird dann gern von „Gerechtigkeit“ geredet, aber auch dieses Wort sollte man in unserem Wirtschaftssystem höchstens noch auf Kirchentagen in den Mund nehmen.)

Die Schröder- und Merkelregierungen machten Konzernen und Vermögenden skandalöse Steuergeschenke. Es wurde ihnen nicht mit mehr Investitionen gedankt, im Gegenteil, die Investitionsquote sank, die öffentlichen Schulden erreichten einen Höchststand. Nicht, weil der Staat das Geld für Wohltaten aus dem Fenster warf, sondern weil Steuern gesenkt und Banken gerettet wurden. Die Schuldenbremse zwingt jetzt Bund, Länder und Gemeinden, ihre Ausgaben zu kürzen. Mit der Folge, dass die öffentliche Armut steigt. Das erleben wir täglich in Kindergarten, Schu-

le, Krankenhaus, Universität, Altenheim, Nahverkehr, auf unseren kaputten innerstädtischen Straßen und heruntergekommenen öffentlichen Plätzen.

Ganz Schlaue wenden gegen die Steueranhebungsprogramme ein, dass „der Staat“ nicht mit Geld umgehen könne, das könnten sowieso nur „die Privaten“. Und vergessen tunlichst, dass heutzutage Steuergelder in Milliardenhöhe dazu verwendet werden, Dumpinglöhne über Zuzahlungen aus dem Hartz-IV-Topf zu ermöglichen. Milliarden an Subventionen sind in die Atomkraftanlagen flossen, aus denen sich hohe Gewinne generieren ließen – aber mit den gigantischen Entsorgungskosten für den Atommüll wollen „die Privaten“ nichts zu tun haben ...

Dass nur noch 1,5% unserer Wirtschaftskraft für öffentliche Investitionen aufgebracht werden, muss ein Ende haben. Der Staat muss sich die Mittel beschaffen, die für die öffentliche Daseinsvorsorge, für Gesundheitswesen, Bildung und Erziehung dringend benötigt werden. Das Jammern der Wirtschaft, das die Rosa-Grüne Steuerkoalition sicher zur Mäßigung antreiben wird, weil angeblich Konjunktur und Wohlstand durch Steuererhöhungen gefährdet würden, muss ignoriert werden. Es sind gerade die selbstzerstörerischen Kräfte der privaten Marktwirtschaft, die uns das öffentliche Elend eingebracht haben. Es wird deshalb nicht reichen, nur die Steuern zu erhöhen und ansonsten auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft zu setzen, wie das die Blockparteien unisono tun. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ steht in unserem Grundgesetz (Artikel 14). Wird Zeit, dass diese fundamentale Verpflichtung eingelöst wird.

Marianne Rubach ●

Wenn Sie heute einkaufen gehen ...

● Die Beamten in Brandenburg gaben aktuell öffentlichkeitswirksam und symbolisch ihr „letztes Hemd“, weil ab der Besoldungsgruppe, deren Einstiegsgehalt bei 3200 Euro liegt, nach Willen der Arbeitgeber keine Lohnerhöhung erfolgen soll. Dagegen gehen die Beamtinnen und Beamten auf die Straße. Der ein oder die andere von uns wird dafür Verständnis haben, andere werden alle verfügbaren Klischees bemühen, um den Kopf schütteln zu können. Es ist eine Frage der Perspektive und der politischen Einordnung, wie man diese Aktionen bewertet.

Unser Thema hier setzt an ganz anderer Stelle an und hat ganz andere Dimensionen. Der Einzelhandel, in dem drei Millionen Menschen beschäftigt sind, befindet sich in heftigen Tarifauseinandersetzungen. Noch ist die Akzeptanz für Streikaktionen in der Bevölkerung groß, weil – wie man in der Abendschau erfahren konnte – auch am 5.7., dem zweiten Warn-

streiktag kein Kunde vor leeren Regalen stand, die Kundin an der Kasse nicht länger warten musste als sonst auch. Das allerdings könnte bald anders werden, wenn sich noch mehr Beschäftigte am Streik beteiligen. Leere Regale, nichtbesetzte Kassen, betriebsfremde Leiharbeiter, die keine Auskunft darüber geben können, wo denn nun die Sockenabteilung zu finden ist. Dann könnte es sein, dass es ganz schnell vorbei ist mit dem Verständnis für einen Streik, der von Beschäftigten ausgetragen wird, für die 3200 Euro brutto im Monat unerreichbar sind – und das selbst nach 40 Arbeitsjahren. Wir wollen nicht behaupten, dass die Forderungen der Beamtinnen und Beamten unangemessen wären, aber im Einzelhandel verdienen schon jetzt 40% der Vollzeitbeschäftigten weniger als 1800 Euro brutto im Monat – und für die Zukunft geht es um die Frage, ob es den Arbeitgebern gelingt das Jahresgehalt einer Verkäuferin um



3500 bis 8900 Euro abzusenken. Oder ob die Zahl der Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel, die schon heute auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, noch ansteigt: derzeit sind es bereits 150.000!

Hier kommt ein anderer Aspekt ins Spiel: Je geringer die Entlohnung desto notwendiger staatliche Unterstützung; letztendlich ersetzen Arbeitsagentur, Wohngeldstelle und Sozialamt das, was Arbeitgeber nicht bereit sind umzufairteilen. Dazu muss man wissen, dass die Gewinne im Einzelhandel in den letzten 10 Jahren von 13 auf 20 Milliarden Euro gestiegen sind und damit so hoch liegen wie nie zuvor. Wen wundert's also, dass die Liste der reichsten Deutschen angeführt wird von den Eigentümern von Aldi, C&A und Co. Welche Logik steckt dahinter, wenn die einen mittlerweile nicht mehr wissen, wohin mit ihrem Geld und die anderen, die ja immerhin dieses Geld erwirtschaften, nicht mehr wissen, wovon sie leben sollen? Darüber könnte man ja mal nachdenken.

Das wäre das eine, was Sie, liebe Leserin und lieber Leser, konkret tun könnten. Das andere wäre, dass Sie sich informieren, worum es bei dieser Tarifauseinandersetzung geht, weil die Liste der Unverschämtheiten lang ist. Geht es bei den Beamten ums „letzte Hemd“ so geht es im Einzelhandel um „den Mantel“ – also den Manteltarifvertrag. Denn es geht um die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit – ohne Lohnausgleich, versteht sich; es geht um Streichung freier Samstage, Streichung von Zuschlägen für Spät- und Nachtarbeit, stärkere Flexibilisierung und Abrufbarkeit – mal ganz abgesehen von Minijobs, befristeten Arbeitsverträgen, fehlendem Mindestlohn, Sonntagsarbeit.

Was Sie noch tun könnten?

- An Streiktagen nicht in bestreikten Betrieben einkaufen gehen (denn finanzielle Einbußen sind für Arbeitgeber ein starkes Argument, doch kompromissbereiter zu werden)
- mit den Streikenden ins Gespräch kommen
- Ihre Solidarität mit den Forderungen auf jedwede Weise bekunden
- und – falls Sie doch einkaufen gehen müssen – an der Kasse Geduld aufbringen
- vielleicht auch mit Vordermann und Hinterfrau über die Hintergründe der langen Wartezeit in der Schlange diskutieren.

Der nächste Verhandlungstag ist für den 14. August angesetzt.

... dann schenken Sie der Verkäuferin doch einfach mal mehr Aufmerksamkeit!

Pia Imhof-Speckmann ●

Zitate des Monats ❖

„Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsmi-
nister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Fried-
rich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewusst.
Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern
gesprächsweise beizubringen, dass die Deutschen
halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte
geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, dass
der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen
des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes
gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um
Petitessen, es geht nicht um Sensibilitäten, es geht
um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat. Ein
Minister, dem man das erst erklären muss, ist nicht
ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Minist-
rant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinen Reden von
der Sicherheit als einem Sondergrundrecht macht
er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des
US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschrie-
benen Sondergrundrechts Sicherheit ist der Versuch,

die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu
rechtfertigen.“

(Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung (SZ))

Das sei ja „wie in dieser Filmszene aus ‚Casablanca‘, in
der Polizeichef Renault darüber informiert wird, dass in
Rick's Café Glücksspiel stattfindet.“

(Michael Hayden, ehemaliger NSA-Chef, spottete in
einem ZDF-Interview über deutsche Politiker, die sich
von den Enthüllungen Edward Snowdens überrascht
und empört gezeigt hatten.)

„Bradley Manning (ist ein) Musterfall zivilen Ungehorsams.
Er hat schwere Kriegsverbrechen, gravierende
Brüche des humanitären Völkerrechts aufgedeckt,
für die andere Leute vor dem internationalen Straf-
gerichtshof 30 Jahre oder mehr bekommen würden.
Manning hat etwas sehr Bedeutendes und moralisch
Hochrangiges getan.“

(Reinhard Merkel, Professor für Strafrecht und Rechts-
philosophie an der Universität Hamburg. Seit 2012
Mitglied im Deutschen Ethikrat)



Rotlicht *

Wahl-Fiktionen

Wenn der politische Verstand der Bürger erst einmal auf Normal-Null runter gefahren ist, dann spielen politische Argumente eigentlich keine Rolle mehr. Schon gar nicht zu Wahlzeiten. Dann kommt es nur noch darauf an, als politischer Akteur wahrgenommen zu werden, egal wie. Den Schwarz-Gelben ist in dieser Hinsicht ein genialer Coup gelungen. Die CDU/CSU hat ein als Regierungsprogramm deklariertes Wahlpapier vorgelegt, in dem lauter unernste Wahlversprechen versammelt sind: Deutliche Rentenanehebung für bisher benachteiligte Mütter, Mindestlohn und – großer Gott – Mietpreisbremse. Dazu noch Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur, natürlich vor allem in Straßen.

Die Gelben, die Wunschpartei der CDU/CSU auch für die nächste Regierungskoalition, haben gleich darauf energisch und laut protestiert. Und beiden wurde – wie es sich gehört – gleichermaßen große Medienaufmerksamkeit zuteil. Die einen als Wohltäter und die anderen als solide Wirtschaftsexperten. Da spielt es keine Rolle, dass die einen vorgelegt haben, was sie in Wirklichkeit gar nicht wollen, und die anderen gegen eine Festung anrennen, die nur Theaterkulisse ist. Denn: Alle vollmundigen Versprechungen der CDU sind unter den Vorbehalt der Finan-

zierbarkeit gestellt. Soll heißen: Das machen wir, wenn es bezahlbar ist!

Und bezahlbar ist in der nächsten Regierungsperiode so gut wie gar nichts mehr, wenn beim nächsten Schuldenschnitt vor allem die inzwischen bei der Europäischen Zentralbank gebunkenen faulen Staatsanleihen verbrannt werden und die Bürgschaften mit Steuergeldern fällig werden. Die Proteste des Wirtschaftsflügels der CDU fielen aus diesem Grund auch sehr moderat aus.

Die Aufregung der rosaroten SPD war deshalb völlig unangebracht. Es handelt sich nicht um Wahlbetrug, Herr Gabriel, wenn die CDU gleich mit der Ankündigung der schönen Vorhaben signalisiert, dass wohl nichts draus werden kann. Jeder kann doch erkennen, dass die Versprechungen nicht ernst gemeint sind. Ansonsten müssten die Schwarzen eine Regierung mit der Linken im Hinterkopf haben, aber das wird in diesem Lande wohl niemand glauben.

Eines ist allerdings richtig: Wer anständige Renten, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine Mietpreisdeckelung und Investitionen in die Bildung, die soziale Infrastruktur haben will, der muss die Linke stark machen. Nur so können aus Träumen und Schäumen reale Zielvorgaben werden.

Horst Dejas *

Termine X

● **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung am **Dienstag den 13. August um 19.30 Uhr, in unserer Geschäftsstelle, Schildhornstr. 85 a.**
Thema: **Orwell 2.0 - die totale Überwachung?**

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

Hinnerk van Bruinehsen wird über seine Erfahrungen referieren. Der Informatikstudent wird die Geschichte der Überwachung vom Snowden Hype wegführen, um zu einer echten Betrachtung der Gefahren durch das Internet zu kommen.

● **Sommerfest in Griechischer Gemeinde**
Am 17. August 2013 wird auf dem Gelände der Griechischen Gemeinde zu Berlin ein Sommerfest stattfinden.

Wir unterstützen diese Veranstaltung und möchten hiermit alle einladen mit den Griechen **ab 16 Uhr** zu feiern.
Griechische Gemeinde, Mittelstr. 33, 12167 Berlin

● **Jeden Dienstag:**
Beratung zu Hartz IV- und Schuldnerfragen
Wir bitten um telefonische Anmeldung unter
Tel (030) 70 09 67 41

Infos gibt es hier:
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin
Tel. 030 700 96 741, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

